



Händeringend versucht Christopher Matheka, seine fünf Enkel zu ernähren.



Christoph Mathekas Hütte.



Überlebenswichtig: 57 Tonnen Lebensmittel wurden bislang gespendet. FOTOS: RE

Essensuche im Abfall

Für die Menschen in Kenia wird die Not im Corona-Lockdown größer und größer: Gelnhäuser Verein „Wir helfen in Afrika“ leistet überlebenswichtige Nothilfe / 57 Tonnen Lebensmittel bislang gespendet

Seit März befindet sich ganz Kenia wegen der Corona-Pandemie im Lockdown. Schulen sind geschlossen, die Menschen dürfen nicht zwischen den 37 Distrikten des Landes reisen, die allermeisten Arbeitsplätze des vorherrschenden informellen Sektors sind vernichtet. Das bedeutet auch für die Menschen in und um Maba Village, dem Projektgebiet des Gelnhäuser Vereins „Wir helfen in Afrika“: kein Einkommen, kein Geld, keine Lebensmittel. Darum hat der Verein seine Aktivitäten auf akute Nothilfe umgestellt. Vergangenes Wochenende ließ „Wir helfen in Afrika“ 18750 Kilogramm Lebensmittel an die hungernden und in großer Not lebenden Familien im Projektgebiet verteilen. Somit summiert sich die Soforthilfe seit dem Ausbruch der Pandemie auf rund 57 Tonnen Überlebenshilfe.

In diesem Volumen sind auch Lebensmittel enthalten, die die Schwestern der Krankenstation in

Lunga Lunga an ihre Patienten ausgeben. Jeder Patient erhält dort zwei Kilogramm Maismehl und ein Kilo Reis. „Für die Lebensmittel bezahlen wir im Durchschnitt einen Euro pro Kilo“, berichtet Vorsitzender Helmut Günther. Grundlage der Finanzierung sind Spenden aus dem Freundeskreis des Vereins, darunter eine große Zahl Leserinnen und Leser der GNZ, des Boten und weiterer Tageszeitungen in den angrenzenden Landkreisen.

Natürlich helfen auch in Kenia Mund- und Nasenmasken, die Verbreitung des Virus zu verlangsamen. Inzwischen hat der Verein etwa 6000 Schutzmasken an die Krankenstationen verteilt. Schneiderinnen in Ukunda haben sie genäht. „Pro Maske bezahlen wir 90 Cent“, so Günther. „Die Frauen erhalten Arbeit und Lohn und somit die Grundlage, ihre Familie zu ernähren. Und die Patienten erhalten den notwendigen Schutz.“

Um zu zeigen, welche Ausmaße

die aktuelle Situation auf die Menschen hat, erzählt Günther von Christopher Matheka. Er kümmert sich in Ukunda, einem Vorort Mombasas, um seine fünf Enkelkinder. Eigentlich lebt er vom Verkauf von Schnitzereien an Touristen. Bereits vor vier Wochen hat die Familie ein Lebensmittelpaket erhalten, aber es war nach gut zwei Wochen aufgebraucht. Händeringend versucht Christoph Matheka nun, die Familie zu versorgen. Als Peter Musomba von „Wir helfen in Afrika“ die Familie vor wenigen Tagen besuchte, gab es gekochten Mais miserabelster Qualität. Die Körner waren vom sogenannten Rüsselkäfer befallen, teilweise angefault. Der Mais war knochenhart, für die Kinder nicht zu genießen. „Der Magen kann das Essen nicht verarbeiten“, so Günther. Die Folge: die sogenannten Wasser- oder Hungerbäuche. „Ich muss sagen, wie es ist: Die Familie lebte von Abfall, auch wenn das für uns Europäer auf dem Teller nicht erkennbar

ist.“ Am vergangenen Wochenende erhielt die Familie deshalb erneut eines der überlebenswichtigen Lebensmittelpakete.

Bis zum 2. September sind in Kenia Schulen und Universitäten geschlossen. Erst dann wird entschieden, wie es weitergehen kann und soll. Derzeit dürfen sich Menschen nur innerhalb ihres Distrikts bewegen. Die Schutzmaßnahmen und Regeln werden sehr streng geprüft und bei Nichteinhaltung hart bestraft. Es gibt keinen Tourismus, keinen Handel und somit kein Einkommen. Die Not wird größer und größer. „Vom Staat gibt es keine erkennbaren Hilfen“, sagt Helmut Günther. Wer Hilfe leiste, sei Peter Musomba und seine Frau Stephanie. Die Mitglieder und Helfer des Gelnhäuser Vereins leisteten seit Monaten eine unglaublich gute und wichtige Arbeit.

„Wir Verantwortliche im Verein betrachten es als unsere Pflicht, das Projekt fortzuführen“, so Helmut Günther. „Es ist für uns wie ein Ma-

rathonlauf. Wir wissen, dass auf der zweiten Strecke vielen Läufern die Luft ausgeht. Dies wollen wir mit unserem Projekt natürlich verhindern.“ Der Verein sehe sein einziges Argument darin, zu schildern, zu berichten und anhand von Bildern und Beispielen zu zeigen, dass es sich lohnt, Menschen in diesem Kampf ums Überleben zur Seite zu stehen.

„Unsere nächste Lebensmittelpaketaktion ist für den 17. und 18. Juli geplant. Ein großes Lebensmittelpaket mit dem inzwischen bekannten Inhalt kostet 40 Euro. Lassen Sie uns gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und tief durchatmen, damit uns in dieser weltweiten Pandemie nicht die Luft ausgeht. Wir schaffen das!“

Wer sich an der Soforthilfe beteiligen möchte, kann dies unter IBAN DE59 5066 1639 0007 3300 73 tun. Erstspender werden gebeten, mit der Überweisung Ihre Adresse mitzuteilen. Weitere Informationen unter www.wirhelfeninafrika.de. (re)

„Eine grobe Missachtung der Ortsbeiräte“

BG kritisiert Glöckner für fehlende Kommunikation und führt als jüngstes Beispiel die Umgestaltung des Meerholzer Friedhofs an

Gelnhausen (re/mb). Die fehlende Kommunikation mit den Ortsbeiräten kritisieren die Bürger für Gelnhausen (BG) in einer Pressemitteilung. Als jüngstes Beispiel führen sie die Umgestaltung des Meerholzer Friedhofs an. Inhaltlich wollte sich Bürgermeister Daniel Glöckner (FDP) zu den geäußerten Vorwürfen nicht weiter äußern. Er verwies im Gespräch mit der GNZ aber auf einen „Rat der Ortsvorsteher“ (siehe Infokasten), den er bereits am 7. Mai auf den Weg gebracht habe und der Abhilfe schaffen solle.

„Warum erfahren wir davon erst jetzt?“ ist wohl eine der meist gehörten Fragen von Ortsbeiräten an die Rathausspitze“, schreibt die BG. Seit Jahren fordere sie und nahezu alle in Ortsbeiräten vertretenen Parteien Zugang zu Informationen, die die Ortsteile betreffen. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Mai habe die Mehrheit der anwesenden Ortsvorsteher heftige Vorwürfe gegen die Informationspolitik von Bürgermeister Glöckner erhoben. „Wir fühlen uns langsam verarscht“ sei die drastische Reaktion des Höchster Ortsvorstehers Reinhard Werner angesichts nicht zur Verfügung gestellter Informationen gewesen.

Ein weiteres signifikantes Beispiel für dieses Verhalten ist in den Augen der BG die aktuell stattfindende Umgestaltung des Meerholzer Friedhofs. Seit Jahren sei eine Summe von 100000 Euro für entsprechende Arbeiten in den Haushalt der Stadt eingestellt. Erstmals

diskutiert worden sei dieses Thema im November 2015. Passiert sei lange Zeit nichts. Permanente Hinweise und Nachfragen im Ortsbeirat Meerholz seien die Regel gewesen.

Im April dieses Jahres sei schließlich Baubeginn gewesen – aber niemand habe davon etwas erfahren. Die Mitteilung sei durch den Bauamtsleiter erst im Rahmen einer Sitzung des Ortsbeirats Meerholz Anfang März erfolgt – nicht von alleine, sondern als Ergebnis erneuter Nachfragens.

„Es hätte einfacher sein können“, so die BG. Mitte Mai 2019 habe auf Betreiben der BG ein Ortsrat stattgefunden. Die Verwaltung sei durch Bürgermeister Daniel Glöckner und Bauamtsleiter Peter Oberst vertreten gewesen. Es sei vorgesehen gewesen, bei dieser Gelegenheit die Planung vorzustellen. Aber einen Plan hätte keiner der Verantwortlichen dabei gehabt. Bekannt gewesen sei unter anderem bereits vorher, dass die unter Denkmalschutz stehende Friedhofsmauer als Stellplatz für zwei Abfallcontainer geopfert werden sollte. Ein Vorhaben, das schon im Vorfeld auf keinerlei Akzeptanz gestoßen sei. So sei eine Liste mit Schwerpunkten erstellt worden, die bei der Umsetzung der Baumaßnahme Berücksichtigung finden sollte. Eine weitere Ortsbegehung sei vereinbart worden, an der auch der Architekt teilnehmen sollte, um mögliche Änderungen umsetzen zu können.

Das Treffen sei Ende August 2019 erfolgt. Der Planer habe seine Ideen erläutert und man sei sich ei-

nig gewesen, Vorschläge aus den Reihen des Ortsbeirates Meerholz umzusetzen. Eine Kopie des bereits fertigen Planes habe keiner der Anwesenden erhalten.

BG: Bürgermeister hat offenbar kein Interesse an Sitzungen der Ortsbeiräte

Im April 2020 begannen die Bauarbeiten. Ein Mitglied des Ortsbeirates Meerholz halte sich regelmäßig zur Grabpflege auf dem Friedhof auf. Er verfüge über jahrzehntelange Erfahrung im Tiefbau. Bei einem Besuch habe er bemerkt, dass der Weg zum Hintereingang der Trauerhalle nicht gepflastert beziehungsweise überhaupt nicht in der Planung gewesen sei. Pfarrer, Sargträger und andere Teilnehmer hät-

ten bei Regen und Schnee durch Schlamm und Pfützen zur Eingangstüre waten müssen. Er habe den Architekten auf diesen Umstand hingewiesen. Der habe sofort reagiert und den Fehler behoben.

Im Anschluss habe sich eine Reihe von kontroversen Diskussionen über weitere bauliche Details und die Einmischung von Mandatsträgern in solche Projekte entzündet. Ortsbeiräte und Mitarbeiter der Verwaltung seien involviert gewesen. Im Hintergrund habe auch die Vermeidung möglicher Folgekosten für die Kommune gestanden. Letzten Endes sei eine einvernehmliche Lösung gefunden worden.

„Bei normaler offener Kommunikation wären die Pläne bereits im Vorfeld vorgelegt und erläutert worden. Gute Kommunikation hätte bedeutet, Anregungen und Hin-

Glöckner will „Rat der Ortsvorsteher“ einberufen

Bürgermeister Daniel Glöckner hat sich offenbar die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Mai geäußerte Kritik der Ortsvorsteher an seiner Informationspolitik (die GNZ berichtete) zu Herzen genommen. Am darauffolgenden 7. Mai ließ er eine E-Mail an die Vorsitzenden der Ortsbeiräte verschicken, in der er die Schaffung eines „Rats der Ortsvorsteher“

anregte. Er schlug vor, eine solche Runde jeden zweiten Monat dienstags direkt nach den Magistratssitzungen einzuberufen, damit die Ortsvorsteher immer die neuesten Mitteilungen im Anschluss erhielten.

„Bestimmte Themen lassen sich so schlanker abwickeln“, erklärte Bürgermeister Glöckner im Gespräch mit der GNZ. „Die Ortsvorsteher kön-

nen ihre Fragen an uns stellen, und wir als Magistrat können sie direkt über Neuigkeiten bezüglich ihrer Stadtteile informieren.“

Den neuen Rat könne man als eine Reaktion auf die jüngste Kritik der Ortsvorsteher sehen, bestätigte Glöckner. Gleichwohl habe er diesen Plan schon früher gehabt, „aber da kam Corona dazwischen“. (mb)

weise von späteren Nutzern vor Beginn der Planung entgegenzunehmen und diese gegebenenfalls zu berücksichtigen“, kritisiert die BG. In mehreren Gesprächen habe der Architekt sich für Anregungen dieser Art offen gezeigt und mitgeteilt, er habe nichts dagegen, schon während der Planungsphase ortskundige Personen mit einzubeziehen. „Einmal mehr fordern die Bürger für Gelnhausen eine intensivere und offenere Zusammenarbeit zwischen Rathausspitze und den zuständigen städtischen Gremien ein. Unnötige Schlichtungen, zwischenmenschliche Streitereien und Diskussionen würden von vorneherein vermieden, und alles wäre ganz einfach. Man müsste nur miteinander reden“, so die BG.

An den letzten Ortsbeiratssitzungen habe Glöckner nicht mehr persönlich teilgenommen, sondern Magistratsmitglieder geschickt, die Fragen meist nicht ausreichend hätten beantworten können. Der Bürgermeister habe mittlerweile durchblicken lassen, dass er nicht mehr an Sitzungen der Ortsbeiräte teilnehmen wolle. „Das ist eine grobe Missachtung der Ortsbeiräte, die nicht akzeptabel ist“, so der BG-Fraktionsvorsitzende Bodo Delhey. „Die auf den Ortskenntnissen basierenden Wünsche und Vorschläge der Ortsbeiräte müssen bei Planung und Bauausführung von Planern und der Verwaltung berücksichtigt werden.“ Pläne über den zurzeit im Bau befindlichen Kindergarten in Meerholz lägen dem Ortsbeirat Meerholz bis heute nicht vor.